

S.g. Damen und Herren

Die voestalpine dankt für die Möglichkeit, am Konsultationsprozess der E-Control zum Thema Tarife 2.1 teilnehmen zu dürfen und möchten folgende Punkte anmerken:

Ad Punkt 2 (Anschlussentgelt):

- Aus Sicht der voestalpine ist eine Änderung des bestehenden Systems der Netzbereitstellung nicht erforderlich. Es ist dafür zu sorgen, dass bisher vereinbarte Kapazitäten auch weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Eine Übertragbarkeit des Netzbereitstellungsentgeltes muss am gleichen Standort (Zählpunkt) gewährleistet sein. Kosten für den Ausbau des vorgelagerten Netzes sollten auch weiterhin von der E-Control geprüft werden.
Für Großverbraucher auf den Netzebenen 1-3 ist eine Reduktion des Netzzutrittsentgeltes zu überlegen.
Ein pauschales Entgelt für volatile und ungeplante Einspeisung in das öffentliche Netz wird begrüßt, wobei dieses Entgelt auf Monatsbasis in Rechnung gestellt werden sollte.

Ad Punkt 3 (Netznutzung):

- Die aktuellen Tarifzeiten für den Arbeitstarif des Netznutzungsentgeltes sind zu hinterfragen. So wäre am Samstag und Sonntag ein durchgehender Niedertarif ein Anreiz, diese Stunden vermehrt zur Ladung von Speichern (zb: E-Mobilität) oder zur Produktion zu verwenden.

Ad Punkt 3.4 (Flexibilitätsanforderungen in der Entgeltstruktur – Teilnahme am Regelreservemarkt des Regelzonenführers):

- Die Gleichzeitigkeit von Redispatchingabrufen (Abruf von Kraftwerken zur Stabilisierung des Übertragungsnetzes) und von Pumpspeicherkraftwerken, die für ihre wirtschaftliche Tagesoptimierung das Übertragungsnetz durch einen Pumpbetrieb zusätzlich belasten, sollte untersagt werden.
- Die Engpassmanagementabrufe von österreichischen Erzeugern für den Wirkungsbereich der APG sind nach einem Cost + Fee Modell abzugelten, wobei als variabler Anteil der Herstellungskosten ausschließlich die in Österreich relevanten Spotmarktpreise für Strom, Gas, CO₂, usw. heran zu ziehen sind. Mehrkosten dafür sollten nicht mehr durch die Netzentgelte abgegolten werden.
- Kreisströme (zB. Österreich <-> Italien), hervorgerufen durch physikalisch nicht gerechtfertigten Einsatz von Phasenschiebern, sind zu unterbinden! Die Kosten dafür sollten nicht mehr durch die Netzentgelte abgegolten werden.

Ad Punkt 3.4 (Flexibilitätsanforderungen in der Entgeltstruktur – Zusatzpunkt: Ausgleichsenergieerduzierung mittels Virtuellem Zählpunkt):

- Zählpunkte eines Standortes sollten, auch über Netzebenen hinweg, zu einem gemeinsamen virtuellen Zähler zusammengefasst werden können. Ziel dabei sollte es sein, die nach außen in das öffentliche Netz wirksame Ausgleichsenergie innerhalb des Standortes maßgeblich zu reduzieren.

Ad Punkt 3.4 (Flexibilitätsanforderungen in der Entgeltstruktur – Zusatzpunkt: Befreiung von Pumpspeicherkraftwerken und H2-Anlagen von den Netzentgelten und Ökostromförderbeiträgen):

- Pumpspeicherkraftwerken wird eine steigende Bedeutung zukommen den stark steigenden volatilen erneuerbaren Einspeiser entgegen zu wirken. Umso wichtiger ist es, die variablen Kosten von Pumpspeichern als auch von H2-Anlagen so gering wie möglich zu halten. Die aktuelle Gesetzeslage gilt für Netzentgeltbefreiung bis Ende 2020 (siehe nachstehend). Diese sollte um eine Befreiung des Ökostromförderbetrages erweitert und in Summe verlängert werden.

Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetz 2010, Fassung vom 31.01.2020

Übergangsbestimmungen § 111.

(3) Pumpspeicherkraftwerke und Anlagen zur Umwandlung von Strom in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas, die erstmals nach Inkrafttreten dieser Bestimmung bis Ende 2020 in Betrieb genommen werden, haben keine der für den Bezug elektrischer Energie bis Ende 2020 verordneten Netznutzungsentgelte und Netzverlustentgelte zu entrichten

Ad Punkt 5 (Messleistungsentgelt):

- Die Integration der Messdienstleistungsentgelte in die Netztarife erscheint aus unserer Sicht nicht sinnvoll und führt zu Intransparenz. Vielmehr wäre es erforderlich den Wettbewerb zuzulassen und Messdienstleistungen, auch von externen Unternehmen, durchführen zu lassen. Dieses Modell wird in Deutschland erfolgreich durchgeführt.

Ad Punkt 7 (Sonstige Entgelte - Blindleistung):

- Die Verrechnung von Blindleistung sollte vereinheitlicht werden, jedoch sollte der Preis den die Netzbetreiber in Rechnung stellen können, ein maximaler Preis mit Ausnahmen bei netzdienlichem Verhalten sein. Dieses netzdienliche Verhalten könnte zB. ein bewusstes Überschreiten des induktiven Leistungsfaktors ($\cos \varphi$) sein um kapazitiven Verbraucher (zB Erdkabel im öffentlichen Netz) entgegen zu wirken. Diese Ausnahmen sind mit dem relevanten Netzbetreiber abzustimmen.

Ad Punkt 8.1 (Weitere entgeltrelevanten Themen – Erneuerbare Energiegemeinschaften (EEG)):

- Das vorgelagerte Netz muss auf die maximal auftretende Leistung und NICHT auf die Arbeit hin dimensioniert werden, da der Endkunde auch bei einer „Dunkelflaute“ mit Strom versorgt werden will. Daraus folgt, dass es zu keiner Einsparung im vorgelagerten Netz kommen kann. Der Netzanschluss ist jedenfalls so zu wählen, dass die geringst mögliche Investition erforderlich ist. Nachdem die EEG auch eine wesentliche Reduzierung der Netzentgelterlöse erfährt, kommt es zu einer Kostenverschiebung zu Lasten der Endverbraucher, die keiner EEG angehören.
Fragen:
 - Wie wirkt sich diese Kostenverschiebung auf den Endverbraucher aus?
 - Kommt es zu einer Kostenwälzung in andere Netzebenen?

Freundliche Grüße

voestalpine Rohstoffbeschaffungs GmbH

Hannes Pesendorfer, Wolfgang Sparlinek